



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 089 890

72/40 - 17. Februar 1955  
Hinweise  
auf den Inhalt:

Bundestagsausschüsse als Exekutivorgane der Regierung	S. 1
Das Altersproblem in Schweden	S. 3
Hilfe für Besucher aus der SBZ	S. 5
Der Staat und sein Beherrscher - eine aktuelle Reminiszenz	S. 7

## Aufrüstung und Luftschutz

sp.-Die Bundesregierung hat dem Haushaltsausschuss und dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages einen vierten Antrag auf Vorwegbewilligung von rund 1/2 Milliarde DM vorgelegt und die Genehmigung der einzelnen Ansätze durch die beiden Ausschüsse auf Grund einer Ermächtigung verlangt, die im ordentlichen Haushalt 1955 beim Einzelplan Verteidigungsalasten ausgesprochen worden ist.

Diese Ermächtigung der beiden Bundestagsausschüsse bezieht sich auf die Bereitstellung von Mitteln für besonders dringende Massnahmen. Im Übrigen sollen die Kosten für militärischen Aufwand zu Lasten der im Haushaltsjahr 1955 bereitgestellten 5.208.000.000 DM in Nachträgen zum Haushaltsplan 1955 einzeln veranschlagt werden.

In klarem Widerspruch zu den Bestimmungen des Haushaltsplanes 1955 hat die Bundesregierung in ihrem vierten Vorwegbewilligungsantrag u.a. einen ersten Teilbetrag für Schiffneubauten zum Aufbau einer neuen Marine in Höhe von 383 Millionen DM verlangt. Mit dieser Bewilligung soll ein Neubauprogramm für leichte Kampfschiffe, Sicherungsfahrzeuge, Minensuchfahrzeuge, amphibische - und Begleitfahrzeuge, Tross- und Spezialfahrzeuge und Ausbildungsschiffe in Gang gebracht werden, das im ganzen nach dem ersten Vorschlag der Regierung 3.824.000.000 DM., nach dem zweiten Vorschlag 2.301.000.000 DM kosten soll.

Eine Vorwegbewilligung eines Betrages von 383 Millionen bedeutet die Präjudizierung alles dessen, was sich programmässig auf diese erste Bewilligung aufbaut und damit nicht mehr und nicht weniger als die Vor-

wegnahme einer Entscheidung über die künftigen Marinebauprogramme unter Ausschaltung des Deutschen Bundestages.

Die Sozialdemokraten haben in der kombinierten Sitzung der beiden Bundestagsausschüsse auf Intervention des Abgeordneten Ritzel die Zuständigkeit und die Vollmacht dieser beiden Ausschüsse für eine weittragende und grundsätzliche Entscheidung bestritten. Sie haben beantragt, die Ausschüsse sollten beschliessen, sie seien der Auffassung, dass die Einplanung von 383 Mio. DM. für Schiffsneubauten im Hinblick auf die in einer solchen Bewilligung liegende Präjudizierung einer Gesamtausgabe von 2,3 oder 3,8 Millionen DM. den Rahmen der Ermächtigung sprengt, der den beiden Ausschüssen gezogen ist. Sie haben verlangt, dass die Auseinandersetzung hierüber im Rahmen eines Nachtragshaushaltes unter voller Mitwirkung des Deutschen Bundestages und nach Vorberatung in den Fraktionen erfolgen soll.

Unter Führung der CDU haben die Regierungsparteien den sozialdemokratischen Antrag niedergestimmt, ohne Rücksicht auf die Voraussetzung der Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung in § 8 Abs. 2 und ohne Rücksicht auf die damit gleichzeitig festgelegte Vorbelastung künftiger Etats.

Während die Regierungsparteien in einer Taumel von Bewilligungsfreude die sozialdemokratischen Anträge niederstimmten, die eine geordnete parlamentarische Beratung eines derartigen Flottenbauprogramms verlangten, wie sie selbst der kaiserliche Reichstag für sich in Anspruch nahm, hat ein Wortführer der CDU hinsichtlich der Ansätze im ordentlichen, der Parlamentsentscheidung unterstehenden Entwurf für Luftschutzausgaben im Haushalt 1956 aus organisatorischen Erwägungen Schwierigkeiten bereitet, die in kraassem Gegensatz zu der Bewilligungsbereitschaft auf dem Gebiet der Ausstattung des künftigen Landheeres und der künftigen Flotte stehen.

Damit das Bild sich rundet, kann noch auf eine weitere Ergänzung zum Entwurf des Nachtrages zum Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1955 hingewiesen werden, wonach weitere 20 000 Planstellen im Bereich des Bundesministers für Verteidigung für Generäle, Admiräle, Oberste, Majore, Hauptleute usw. usf. verlangt werden, mit einer Gesamtsumme von 6.376.000 DM. Die Begründung wird u.a. in dem Hinweis gebracht, dass im Rechnungsjahr 1956 die Einberufung von rund 150 000 Soldaten erfolgen soll.

Schweden - Land des gesicherten Alters

R.H. Stockholm

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung Schwedens erhöht sich rasch. Die besseren Lebensverhältnisse, die Abschaffung ungesunder Arbeitsstätten und die Fortschritte in der Heilkunde sind die Hauptursachen dieser Entwicklung. Von 1900 bis 1950 hat sich Schwedens Bevölkerung um knapp zwei auf sieben Millionen erhöht. Während zur Jahrhundertwende die mehr als 50-Jährigen etwa 20,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, betrug ihr Anteil 1950 ungefähr 26,5 Prozent. Bei den 30 - 50-Jährigen erhöhte sich der prozentuelle Anteil von 22,2 auf 29,8 Prozent. Bei den 20-30-Jährigen ergab sich ein prozentueller Rückgang von 15,2 auf 14,1 Prozent und bei den weniger als 20 Jahre Alten sank der Anteil gar von 41,9 auf 29,4 Prozent.

Aus dieser Bevölkerungsstruktur ergeben sich sehr ernste Probleme für die schwedische Sozialgesetzgebung. Die grossen Sozialreformen des Landes gründen sich nämlich nicht auf aus Beiträgen aufgebaute Fonds, sondern in erster Linie auf die jeweiligen Leistungen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Während der nächsten Jahre werden die grossen Geburtenüberschüsse der Jahre nach 1942 die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte namhaft erhöhen. Nachher wird die Entwicklung rasch rückläufig sein.

Es ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, aus den gegenwärtigen Produktionsüberschüssen einen angemessenen Teil für den Aufbau von Sozialfonds abzuzweigen. In diese Richtung weist u.a. der Vorschlag, für die ab 1957 einzuführende obligatorische Altersversicherung für die ganze Bevölkerung - also nicht nur der Arbeitnehmer - einen in raschem Takte wachsenden Fonds zu schaffen, welcher den vorläufigen Berechnungen zufolge bis 1980 eine Höhe von 13 bis 17,7 Milliarden Schwedenkronen (d.h. ungefähr 10 - 15 Milliarden DM) erreichen soll.

Während der nächsten Jahre soll auch das Schulwesen so verbessert werden, dass die kommende Generation den Möglichkeiten gerecht wird, die sich für die Wirtschaft aus den wissenschaftlichen Forschungen und aus der Automation ergeben. Die hieraus resultierenden Produktivitätssteigerungen könnten wesentlich zur Aufrechterhaltung und weiteren Ver-

besserung des schon jetzt sehr hohen Lebensniveaus beitragen.

Schliesslich hat sich mit der Zeit die Auffassung über die obere Altersgrenze für die Arbeitsfähigkeit geändert. Viele Menschen erfreuen sich bei Erreichung des Pensionsalters einer noch ungebrochenen Aktivität. Es gilt nicht mehr als Ideal, dann aus dem Produktionsleben ganz auszuschneiden und die verbleibenden Lebensjahre in anspruchloser Ruhe zu verbringen. Für diese älteren Menschen ist eine vielleicht etwas leichtere Arbeit ein Bedürfnis, mit Auswirkungen nicht nur materieller, sondern in erster Linie psychologischer Natur. Die rasche Rationalisierung der schwedischen Wirtschaft kommt diesem Bedürfnisse entgegen, denn sie schafft immer mehr geeignete und körperlich nicht anstrengende Arbeitsmöglichkeiten.

Vorschläge des Untersuchungsausschusses über die Altersfürsorge zielen dahin, den gealterten Menschen so zu helfen, dass sie ohne allzu grosse persönliche Anstrengungen so lange wie möglich ein unabhängiges Leben in eigener Wohnung führen können. Das bedeutet: bessere und leichter zu betretende Wohnungen, geeignete produktive Beschäftigung, zeitweilige Haushilfe im Bedarfsfalle. Gemeinschaftseinrichtungen wie Altersheime und Krankenhäuser sollen nur jene beanspruchen, bei denen ein tatsächlicher Pflegebedarf vorliegt.

Die staatliche Volkspension, welche jedem schwedischen Staatsbürger in gleicher Höhe nach erreichten 67. Lebensjahre (bei Frauen 65. Lebensjahre) zusteht, bietet zusammen mit den kommunalen Mietszuschüssen einen guten Rückhalt für den Pensionär. Sie wird im Jahre 1956 um zehn Prozent erhöht und wird im Finanzjahr 1956/57 nicht weniger als 1.600,000.000 Schwedenkronen (d. s. ca. 1,280,000.000 DM bei sieben Millionen Einwohnern!) allein aus dem Staatsbudget in Anspruch nehmen. Ab 1957 wird eine obligatorische Altersversicherung hinzukommen, die nach dem Einkommen gestaffelt und aus einem staatlichen Pensionsfonds gespeist werden soll, der aus Beiträgen der Arbeitgeber aufgebaut wird (diese können die Hälfte der Beiträge auf die Arbeitnehmer abwälzen).

Taten wiegen mehr als Worte

sp. Im vergangenen Jahr haben mehr als zwei Millionen Menschen aus dem sowjetisch besetzten Mitteldeutschland legal die Bundesrepublik besucht, bei 17 Millionen Einwohnern. Nirgendwo erfolgte eine so großzügige Auflockerung des West- und Ost trennenden Eisernen Vorhangs wie zwischen Hof und Lübeck. So genießt das deutsche Volk als einziges europäisches Volk den freilich etwas zweifelhaften Vorzug, die Lebensordnungen von Ost und West aus eigener Anschauung kennenzulernen. Der ununterbrochene Besucherstrom von drüben nach hüten und umgekehrt ist aber auch die sichtbarste Bekundung eines unzerstörbaren Gefühls der Zusammengehörigkeit, das die offenen und geheimen Spaltungsapostel dies- und jenseits der Elbe respektieren müssen, wollen sie nicht jeden politischen Kredit verlieren.

Zur Selbstzufriedenheit besteht allerdings kein Anlass. Noch sind viele Chancen ungenutzt, viele Möglichkeiten nicht erschöpft, die zur Stärkung eines gesamtdeutschen Bewusstseins dienen. Noch viel mehr Deutsche würden die Gelegenheit persönlicher Begegnungen ergreifen, gäbe es nicht das für sie unüberwindbare Hindernis, sich mit den nötigen Geldmitteln zu versorgen. Für den Ostzonenbewohner ist der Besitz und Erwerb von Westmark verboten, er darf zur Ausreise nach dem Westen nur 100.-- Ostmark mitnehmen, die er bei der Rückreise wieder vorweisen muss. So ist er nicht in der Lage, falls er nicht ihn unterstützende Verwandte oder Freunde hat, sich eine Fahrkarte auf einem in der Bundesrepublik gelegenen Bahnhof zu kaufen. An dieser Sperre scheitert die Belebung des Interzonenreisendenverkehrs.

Hier sollte der Bund einspringen. Dies ist der Sinn eines sozialdemokratischen Antrages an den Bundestag, es möge durch Verhandlungen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel erreicht werden, Reisenden in beiden Richtungen die Möglichkeit zu geben, einen Betrag von 100 DM im Verhältnis 1 : 1 umzutauschen. Eine grosse Hilfe wäre es auch, wenn in der Zwischenzeit Sowjetzonenbesuchern Gutscheine auf Waren und Dienste von Gemeinden erhielten, an deren Finanzierung der Bund sich beteiligen würde. Dass ein Besucher aus der Zone, wenn er krank wird, nicht die Dienste der Krankenkassen beanspruchen darf, gehört gewiss nicht zu den Ruhmesseiten unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Jedes in Grossbritannien von Ausländern geborene Kind erhält, alter

Tradition gemäss, das britische Bürgerrecht; sollte bei uns nicht jeder Deutsche zumindest das Recht und die Möglichkeit haben, sich im Falle plötzlicher Erkrankung behandeln zu lassen? Auch das bezweckt der sozialdemokratische Antrag.

Immer wieder hört man im Gespräch mit Ausländern oder im Ausland selbst die bohrende Frage, was die Deutschen eigentlich tun, um die Einheit ihres gespaltenen Landes wieder herbeizuführen. Es ist nicht Sache der Russen oder der westlichen Siegermächte, darüber zu befinden, ob ein westdeutsches Krankenhaus einen erkrankten Sowjetzonenbesucher aufnehmen soll oder kann oder nicht. Das liegt in unserem Bereich, wie es auch in unserer Verantwortung liegt, durch immer neue Initiativen die Machthaber von Pankow zu zwingen, die Barrieren, die sie im innerdeutschen Verkehr mit aufgerichtet haben, wenigstens teilweise wieder abzubauen. Das Schicksal dieses Antrages wird beweisen, ob im Parlament jener Offensivgeist lebendig ist, den wir zur Selbstbehauptung und zur Bekämpfung der Tendenz des völligen Auseinanderlebens beider deutscher Teilstaaten so bitter benötigen.

+ + +

Schwacher Trost

sp. Das gesammelte Feuer politischer Angriffslust wurde am Donnerstag in Düsseldorf auf die Bonner CDU/CSU gelenkt, die CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen bekam sozusagen nur nebenher etwas ab. Arnold fand das einprägsame Wort von der "Schlacht im falschen Saale". Aber es ist eine alte Regel, dass Angriffe dort vorgetragen werden, wo sie die grösste Aussicht auf Erfolg haben und das ist die Stelle des geringsten Widerstandes.

Am gleichen Tage, an dem die CDU in Nordrhein-Westfalen dieses schwere Rückzugsgefecht zu führen gezwungen war, wurde ihre grosse Schwesterpartei im Bundesrat durch den Beitritt von sieben ehemaligen Abgeordneten des Gesamtdeutschen Blockes/ BHE auf die gewisse stattliche Zahl auf 251 stimmberechtigte Abgeordnete gebracht. Die SPD folgt in einem Abstand von 100 Stimmen (unter Berücksichtigung der Berliner Abgeordneten ist das Verhältnis 257 : 162). Die anderen Parteien befinden sich deutlicher noch als vorher distanziert.

Ob unter diesen Umständen die neue Abrundung nach oben für die beherrschende Regierungspartei in Bonn in diesem Augenblick ein psychologisch geschickter Gegenzug gegen die Massivität der Düsseldorfer Angriffe gerade wegen des Missbrauchs ihrer Vorherrschaft war, ist zu bezweifeln. Vielleicht wollte sie sich auch selbst nur eine kleine Genugtuung in der Bitternis dieser Tage verschaffen. Aber dann war es ein schwacher wahrscheinlich trügerischer Trost. + + +

### Späte Spuren des Absolutismus

Nur aus der Betrachtung der Vergangenheit gewinnen wir einen Massstab der Geschwindigkeit und Kraft der Bewegung, in welcher wir selber leben. (Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen)

H.H.- Jede Gleichsetzung von Personen oder bevorrechtigten Gruppen und Parteien mit dem ganzen Staat lenkt die Aufmerksamkeit des Betrachters geschichtlicher Entwicklungen immer wieder auf den historischen Absolutismus und seinen Höhepunkt. Mehr noch als Friedrich der Grosse gilt Ludwig XIV. als der Repräsentant dieser Epoche. "Der Staat bin ich", - dies ist das klassische Prinzip des Absolutismus, und es wurde inzwischen unter den verschiedensten politischen Systemen variiert: Wer dem Willen des Staats- bzw. Regierungschef widerspricht, wendet sich gegen das Wohl der Nation. Auch uns sind solche Gedankengänge - nicht nur aus den modernen Diktaturen - als "legitime" Anliegen verschiedener Politiker durchaus bekannt.

Eines der Hauptkennzeichen des Absolutismus - alle grossen Geschichtsschreiber stimmen darin überein - ist der Staat, dessen Grenzen und dessen Bevölkerungsgefüge willkürlicher Art sind. Solche Staaten wuchsen aus Kriegen hervor, aus ihnen entwickelten sich fortwährend neue Kriege. Kaum jemals vorher, wohl aber sehr oft nachher, war die militärische Stärke eine öffentlich proklamierte moralische Qualität der Politik. Niemals auch regierten nackte Sonderinteressen so unumwunden wie im Zeitalter des Absolutismus. Sie prägten das Gesicht der "Nation".

Ihr Koordinator und Vertreter war der Herrscher von Gottes Gnaden - durchaus nicht immer von königlichen Geblüt - über dem nur der Himmel stand - unter ihm stand das Volk. Die Vertreter des Adels, früher oft, im Guten oder im Bösen, die Verbindungsmänner der regierenden Kraft zur Landschaft und zum Landmann, (wie es heute im Guten ein echter Abgeordneter sein soll) diese Vertreter des Adels also verloren an Einfluss. In der Staatsführung, in der Beratung des Staatsführers, traten an ihre Stelle die vom Chef berufenen, niemanden verantwortlichen Ratgeber. Sie verschafften grösszügiger als ihre Vorgänger, dem Herren an der Spitze grössere Einnahmen, die er unkontrollierter als je zuvor verwenden konnte. Um die gleiche Zeit wurde die patriarchalische

Wirtschaftsform endgültig von einer gewaltigen Ausweitung des fabri-  
zierten Reichtums abgelöst, die zwar nie geahnte wirtschaftliche  
Möglichkeiten und Ergebnisse im Gefolge hatte, aber auch von einer  
bis zum Exzeß ungerechten Verteilung des Sozialproduktes begleitet war.  
Insbesondere die Besitzlosen und die Opfer der zahlreichen Kriege  
hatten darunter zu leiden. (Um diese Zeit schuf Molière jene Typen,  
die heute noch des Betrachtens wert sind: Argan, den eingebildeten  
Kranken, den Vorläufer des Arzneimittelstüchtigen; Harpagon, den Men-  
schen, der, als Mensch, am Gelde zugrunde geht; Tartuffe, der seine  
egoistische Hinterhältigkeit hinter falscher Frömmigkeit versteckt.)

Auch in Deutschland hatte jeder kleine Herrscher sein kleines  
Versailles. Die Wirtschaft wurde "von einer besonderen Sorte von  
Schickern, den Projektmachern, unter Dampf gehalten". (Veit Valentin,  
Weltgeschichte) Politisch gesehen waren die Kleinstaatler im Zeitalter  
des reifen, des "müden" Absolutismus antinational. Von den Staats-  
bürgern forderte eine ebenso arrogante wie geistig enge Bürokratie  
nicht nur die Treue zur Dynastie, sondern auch den Glauben an die  
Vollendung und die ewige Haltbarkeit des Stückwerkes.

Die Erbschaft des absterbenden Absolutismus trat die grosse  
französische Revolution mit all ihren europäischen z.T. sogar sehr  
viel weiterreichenden Konsequenzen an. Sie ist nur aus der vorange-  
gangenen Epoche zu verstehen. Ihre Spuren sind nicht mehr zu besei-  
tigen, weder durch tyrannische Diktaturen, noch durch einen konsti-  
tutionell gemilderten Absolutismus. Deswegen ist dieser auch nicht  
die geeignete Waffe gegen jene. Wenn er auch vorübergehend für Per-  
sonen, Gruppen oder Parteien ein zweckmässiges Mittel zu sein scheint,  
sich mit dem ganzen Staat zu identifizieren - die Entwicklung geht  
über jeden, wie immer gearbeteten Absolutismus hinweg. Sein Schicksal  
wird umso schwerer sein, je heftiger und massloser sein Anspruch war.

+ - +

Verantwortlich: Peter Raunau